

Strom aus Gas statt aus Kohle – So rechtfertigt Habeck den RWE-Deal

Welt, 04.10.2022, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus241413469/Strom-aus-Gas-statt-aus-Kohle-So-rechtfertigt-Habeck-den-RWE-Deal.html?cid=socialmedia.twitter.shared.web>

Wirtschaftsminister Robert Habeck und RWE wollen in Nordrhein-Westfalen acht Jahre früher als geplant aus der Kohlekraft aussteigen

Der Bund, das Land NRW und RWE haben sich geeinigt: Zur Energiesicherung bleiben zwei Kohlekraftwerke länger am Netz, dafür wird der Kohleausstieg in NRW vorgezogen. Wirtschaftsminister Habeck erfüllt damit nebenbei einen Wunsch von RWE, den die Politik zuvor strikt abgelehnt hat.

Die Bundesregierung und das Land Nordrhein-Westfalen haben sich mit dem Energiekonzern RWE darauf verständigt, in dem Bundesland acht Jahre früher als geplant aus der Kohleverstromung auszusteigen. Die letzten Braunkohle-Kraftwerke des Konzerns mit einer Leistung von 3000 Megawatt im Rheinischen Revier sollen demnach bereits 2030 abgeschaltet werden.

Mit diesem Schritt verlässt die Bundesregierung den Ausstiegspfad der Regierungskommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“ (WSB) aus dem Jahre 2019, die das Ende der Kohleverstromung erst für 2038 empfohlen hatten. Nach dem jetzigen Beschluss werden im Jahr 2030 in Deutschland statt neun nur noch sechs Gigawatt Leistung aus Braunkohle-Kraftwerken ausschließlich im Lausitzer Revier zur Verfügung stehen.

Das Vorziehen des Kohleausstiegs im bevölkerungsreichsten Bundesland soll ein klimaschützender Ausgleich sein für den außerplanmäßigen Weiterbetrieb der beiden Meiler Neurath D und E, die ursprünglich zum Jahresende vom Netz gehen sollten. Die Anlagen mit einer Gesamtleistung von 1200 Megawatt sollen nun bis Ende März 2024 weiterbetrieben werden, um die aktuelle Strompreis-Krise abzumildern.

„Es mutet komisch an, mitten in der größten Gaskrise neue Gaskraftwerke zu planen“, kommentierte RWE-Chef Markus Krebber die Vereinbarung mit der Bundesregierung. Weil die Anlagen jedoch nur als Rückfall-Option dienen sollten, würden sie nur eine geringe Auslastung haben und entsprechend wenig Brennstoff benötigen.

Frühere Planungen, etwa von der Organisation Agora Energiewende und anderen, hatten den Neubau von 20.000 bis 40.000 Megawatt Gaskraft bis 2030 für nötig befunden, um die schwankende Stromerzeugung von Wind- und Solaranlagen ausgleichen zu können.

„Kapazitätsmarkt“ für Back-up-Kraftwerke

Da es an privaten Investoren auf absehbare Zeit mangelt, will die Bundesregierung den Bau dieser Back-up-Kraftwerke fördern. Der Bund werde „einen Rahmen schaffen, um Investitionen in diese Anlagen zu ermöglichen“, lautet die Formulierung der RWE dazu.

Damit richtet die Bundesregierung offenbar eine Art „Kapazitätsmarkt“ für Back-up-Kraftwerke ein. An diesem Markt können Kraftwerksbetreiber Kapazitäten anbieten, die ausschließlich zur Aufrechterhaltung der Versorgung im Notfall eingesetzt werden.

Die Politik hatte die Einrichtung eines Kapazitätsmarktes jahrelang abgelehnt. Sie hatte die Idee eines sogenannten „Energy-only-Marktes“ favorisiert, nach der allein Knappheitspreise am Strommarkt neue Investitionen in Kraftwerke auslösen würden. Dieses Konzept wurde nun offenbar zugunsten eines staatlich finanzierten Kapazitätsmarktes aufgegeben. „Gespräche zur beihilferechtlichen Genehmigung der Maßnahmen durch die Europäische Kommission laufen parallel“, erklärte das Bundeswirtschaftsministerium.

„Die CO₂-Bilanz wird dadurch deutlich verbessert“

Der Energiekonzern RWE will bis 2030 vollständig aus der Braunkohleverstromung aussteigen. „Das hat Konsequenzen für die CO₂-Minderung“, sagt Robert Habeck. „Dadurch bleiben 280 Millionen Tonnen Braunkohle in der Erde“, so der Bundeswirtschaftsminister. „RWE wird den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben.“

Dass die Bundesregierung erneut politisch in den Energiemarkt eingreift, sorgte für Kritik beim Koalitionspartner FDP. „Die von Minister Habeck vorgeschlagene vorzeitige Abschaltung von Kohlekraftwerken sendet in Zeiten der Energiekrise ein falsches Signal an die Märkte“, warnte der energiepolitischer Sprecher der Liberalen, Michael Kruse:

„Politisch festgelegte Abschalttermine haben unser Energiesystem angreifbar gemacht, diesen dramatischen Fehler sollte Robert Habeck nicht wiederholen.“ Konventionelle Kraftwerke müssten „so lange am Netz bleiben, bis ihre Leistung vollständig und jederzeit durch erneuerbare Energien kompensiert wird.“

Habeck will mit Kohlekraftwerken Gas einsparen

„Putins Angriffskrieg zwingt uns, vorübergehend stärker Braunkohle zu nutzen, damit wir in der Stromerzeugung Gas sparen“, erklärte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne): „Das ist schmerzhaft, aber angesichts der Gasknappheit nötig.“

Den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken zum Zwecke der Gaseinsparung hatte Habeck bislang abgelehnt. Lediglich aus Gründen der Netzstabilität sollen zwei AKW jetzt einige Monate länger betrieben werden. Warum der Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken jetzt Gas einspart, der von Atomkraftwerken jedoch nicht, ließ Habeck bei der Präsentation der Pläne offen.

Die Vereinbarung helfe, in der angespannten Energiesituation Sicherheit zu schaffen. Gleichzeitig sei sie „ein großer Schritt hin zu Klimaschutz“, erklärte Habeck. Durch das Vorziehen des Kohleausstiegs in NRW würden 280 Millionen Tonnen Braunkohle im Boden bleiben und damit 280 Millionen Tonnen CO₂ eingespart.

Der Kohleausstieg 2030 sei die Basis für RWE, das Geschäft mit dem 1,5 Grad-Ziel der Klimaschützer kompatibel zu machen, kommentierte RWE-Chef Markus Krebber die Vereinbarung. Voraussetzung für das Vorziehen des Kohleausstiegs sei „der

massive Ausbau von Windkraft- und Solaranlagen, Speichern sowie zusätzlicher gesicherter Leistung in Form von modernen Gaskraftwerken, die perspektivisch mit Wasserstoff betrieben werden können.“ Dazu gehöre auch der Aufbau eines Wasserstoff-Transportnetzes.

RWE hatte bereits zuvor angekündigt, bis 2030 rund 15 Milliarden Euro in die deutsche Energiewende zu investieren. Nach Nordrhein-Westfalen soll rund eine Milliarde Euro fließen. Im Zuge der neuen Vereinbarung wolle man prüfen, diese Mittel noch aufzustocken.

Lützerath soll der Kohleförderung weichen

Der Weiterbetrieb der Braunkohleblöcke Neurath D und E hat zur Folge, dass das bereits vollständig geräumte Dorf Lützerath wie geplant abgebaggert werden muss. Umweltaktivisten hatten Lützerath wie zuvor den Hambacher Forst zum neuen symbolischen Ort des Widerstands gegen die Kohleverbrennung erklärt und ihn besetzt.

NRW-Wirtschafts- und Energieministerin Mona Neubaur (Grüne) äußerte die Hoffnung, die Proteste dort durch das Vorziehen des Kohleausstiegs beenden zu können. Durch die Einigung bleiben fünf weitere Ortschaften und drei Höfe von der Umsiedlung verschont.

Der Chef der Industriegewerkschaft IG BCE, Michael Vassiliadis forderte Habeck und Kretzschmar dazu auf, das soziale Sicherheitsnetz für die betroffenen Arbeitnehmer zu achten. „Wir werden dafür sorgen, dass Bund und Konzern von den Zusicherungen kein Jota abweichen.“

Der IG-BCE-Vorsitzende erinnerte zudem daran, dass auch der neue Abschaltplan „nicht in Stein gemeißelt“ sein könne. „Niemand kann heute vorhersagen, wie schnell wir in diesem Jahrzehnt mit dem Ausbau der Erneuerbaren und Leitungen wirklich vorankommen“, so Vassiliadis.

Deshalb sei es richtig, dem Bund noch bis 2026 Entscheidungsspielraum einzuräumen, RWE-Braunkohlekraftwerke in einer Sicherheitsbereitschaft zu belassen: „Wie schnell wir auf diesen Puffer angewiesen sein können, sehen wir in diesen Tagen mehr denn je.“